

# Appenzeller Zeitung

Druck und Verlag: Buchdruckerei Schlöpfer & Co., Herisau, Telefon 071 5 31 31, Postcheck-Konto St. Gallen IX 95 / Redaktion Telefon 071 5 31 32 / Amtliches Publikationsorgan / Einzige Tageszeitung des Kantons  
 Abonnemente: Durch Träger oder Post zugestellt, jährlich Fr. 34.50, halbjährlich Fr. 18.—, vierteljährlich Fr. 9.50. Ausland, wöchentlich zwei Sendungen, jährlich Fr. 52.—. Einzelverkaufspreis 20 Rp.  
 Insertionspreise für die einspaltige Millimeterzeile: Kanton Appenzell A. Rh. 15 Rp., übrige Schweiz 17 Rp., Reklame 75 Rp. / Außerantonale Inserate: Publicitas, St. Gallen, Schützengasse 12, Telefon 071 22 19 16

Herisau, Samstag, 1. Juli 1961

Erscheint an allen Werktagen, am Samstag mit Unterhaltungsblatt

134. Jahrgang / Nr. 152

## Diskussion um die Nachfolge des Theologieprofessors

### Karl Barth in Basel

#### Politische Schatten über großen Männern

Unsere Hochschulprofessoren bilden zusammen mit ersten Kräften auf andern Feldern die geistige Elite des Landes. Sie bestimmen Richtung und Gehalt der Forschungen, Studien und Erkenntnisse, welche künftigen Generationen zugute kommen. Die Bedeutendsten und Begeisterungsfähigsten unter ihnen scharen viel Jugend um sich, die hingerissen von den Lehren zehrt, die ihnen der Meister vermittelt hat. Wenn wir uns auf theologischem Felde umsehen, so erzielten in diesem Jahrhundert die Professoren Leonhard Ragaz in Zürich und Karl Barth in Basel die sichtbarsten Spuren. Man spricht nicht vergebens von den Ragazianern und Barthianern, was von Gefolgschaften zeugt, die weit über das Uebliche hinausgehen. Ragaz, der wortgewaltige Verfechter des religiösen Sozialismus, stand im antimilitaristischen Schatten. Früh gab er seine Professur auf, zog ins Armenviertel der zwanziger Jahre zurück, um beispielhaft anspruchslos unter den Schattenhalbwandernden wirken zu können. Er blieb ein feuriger Kämpfer, der sich um keine Staatsgebote und keine Ansichten rechts und links kümmerte. Ein kleines und doch großes Beispiel: Mitten in der gebotenen Verdunkelung des zweiten Weltkriegs ließ er die Lichter seiner Wohnung hell zum Himmel strahlen, bis die Staatsgewalt der Unbotmäßigkeit ein Ende setzte. Seine zahlreichen Anhänger in Pfarrstellen und Zirkeln aber hielten trotzdem zu ihm. Noch tiefer ging vielleicht die Wirkung von Professor Barth. Sein umfangreiches, epochemachendes Werk eroberte die halbe Theologen-Welt. Seine mitreißende Lehrtätigkeit, zuerst an den deutschen Universitäten Göttingen

theologischen Fakultät und der Sachverständigenkommission nächstehende Kreise versuchen offenbar, die Behörden durch direkte Appelle an die Öffentlichkeit unter Druck zu setzen. Hält es der Kirchenrat für richtig, wenn die Synode unter diesen Umständen einfach schweigt? Ist die Synode unserer Evangelisch-reformierten Kirche der Öffentlichkeit unserer Stadt und unserer Kirche jetzt nicht auch ein offenes Wort zum Fall Gollwitzer schuldig? Die zweite Interpellation hatte Pfarrer H. R. Rothweiler (Riehen) eingereicht, der befürchtet, «eine allfällige Berufung des außerordentlich dynamischen und des mit ausgesprochen politischen Wirkungen arbeitenden Gollwitzer könne sofort den Rahmen des Lehrens im Schoße der Kirche sprengen und damit ein die Universität, die Kirche, das Volk, ja die Eidgenossenschaft selber berührendes Politikum werden». Der Präsident des Kirchenrats, Pfarrer R. Vollenweider, erklärte im Namen der Mehrheit des Kirchenrats, daß eine direkte Mitwirkung der kirchlichen Behörden bei einer Professorenwahl nicht bestehe. Die theologische Seite der Berufung sei bei der theologischen Fakultät gut aufgehoben und die politische Seite werde im Regierungsrat von den kompetenten Persönlichkeiten beurteilt werden. Nach Kenntnis der Schriften könne Gollwitzer mit guten Gründen in Frage kommen. In der Diskussion dominierten die Stimmen, die Gollwitzer gegen den Vorwurf, Kommunist und Anti-Demokrat zu sein, in Schutz nahmen. Die Synode beschloß darauf mit 29 gegen 20 Stimmen, eine Resolution zu fassen. Und mit 41 gegen 9 Stimmen sprach sie ihr Bedauern darüber aus, daß die

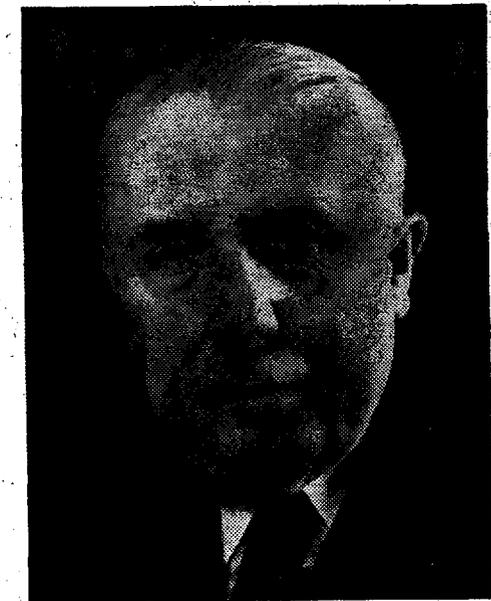
ein gesuchter Ratgeber und hilft vielen bedrängten Christen auch aus der DDR. — Auch seine politischen Gegner bescheinigen Gollwitzer gewöhnlich, daß er in vorbildlicher Weise seine christliche Verantwortung wahrnimmt. Er hat sich nie geschaut, zu christlichen Lebensfragen Stellung zu nehmen, und ist dabei der wohlfundierte Theologe geblieben. Und wenn er auch nicht in allem überzeugend war, so hat sein Bekenntnis andere, klare Stellungnahmen verursacht. Die «Fachschaft» findet, man sollte den Studenten Gollwitzer als Wissenschaftler und Pädagogen nicht verweigern. Man sollte ihnen die Urteilskraft zutrauen, sich auch mit einem so bedeutenden und dynamischen Lehrer kritisch auseinanderzusetzen. Es bestehe ebenso wenig Grund wie damals in Athen, der Jugend einen Sokrates zu nehmen, mit dem Argument, er könne sie verführen.

## Vor seiner Auflösung fordert der Deutsche Bundestag einen Friedensvertrag für ganz Deutschland

DPA Mit einer einmütigen Forderung nach einem Friedensvertrag für das ganze Deutschland beendete gestern der Deutsche Bundestag in Bonn seine dritte Legislatur-Periode. In der von allen drei Fraktionen gebilligten und von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier verlesenen Erklärung nimmt das westdeutsche Parlament zu dem jüngsten Deutschland- und Berlin-Memorandum der Sowjetunion Stellung. Es sei das Gebot der Stunde, über die Modalitäten eines gesamtdeutschen Friedens-Vertrages eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zu erreichen, heißt es in der Resolution. Nach Ansicht des Bundestages müssen Friedens-Verhandlungen in drei Punkten Klarheit schaffen:

1. Ueber den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands.
2. Ueber die definitive Bereinigung der mate-

## Bundesrat von Steiger 80-jährig



Morgen Sonntag begeht Alt-Bundesrat Eduard von Steiger in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag. Als Sproß eines stadtbernerischen Patriziergeschlechts diente er zuerst dem Emmental und später der Bundesstadt als Fürsprecher. Im Kanton Bern machte er als Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei politische Karriere, die 1939 mit der Wahl in den Regierungsrat seine Krönung fand. 1940 mußte nach dem Rücktritt von Bundesrat Rudolf Minger der Berner Sitz in der Bundesregierung neu besetzt werden. Kronprinz der Partei war damals Markus Feldmann, der aber den Bundeskreisen mit weihem Rückgrat wegen seiner entschiedenen Gegnerschaft zu allen Diktaturen nicht genehm war. Und so hob man den bisher auf helvetischem Felde noch sozusagen unbekanntem Eduard von Steiger, der den eidgenössischen Räten nicht angehörende

militaristischen Schatten. Früh gab er seine Professur auf, zog ins Armenviertel der zwanziger Jahre zurück, um beispielhaft anspruchslos unter den Schattenhalbwandernden wirken zu können. Er blieb ein feuriger Kämpfer, der sich um keine Staatsgebote und keine Ansichten rechts und links kümmerte. Ein kleines und doch großes Beispiel: Mitten in der gebotenen Verdunkelung des zweiten Weltkriegs ließ er die Lichter seiner Wohnung hell zum Himmel strahlen, bis die Staatsgewalt der Unbotmäßigkeit ein Ende setzte. Seine zahlreichen Anhänger in Pfarrstellen und Zirkeln aber hielten trotzdem zu ihm. Noch tiefer ging vielleicht die Wirkung von Professor Barth. Sein umfangreiches, epochemachendes Werk eroberte die halbe Theologen-Welt. Seine mitreißende Lehrtätigkeit, zuerst an den deutschen Universitäten Göttingen und Bonn, später in Basel zog die Theologiestudenten in Massen ans Rheinknie. Aber auch über diesem hohen Geist entstanden Schatten, herührend aus einer schwer verständlichen politischen Haltung, die es nicht wahr haben will, daß der moskowitzische Kommunismus das gleiche Verhängnis für die Welt bedeutet wie der von Barth scharf verurteilte Nationalsozialismus. Es gibt denn auch in der stattlichen Gefolgschaft der Barthianer sehr viele, die nur den Theologen Barth anerkennen, sich aber vom Politiker Barth klar distanzieren. Wer zur sowjetischen Gewalttätigkeit in Ungarn schwieg und die östlichen Diktaturen bemäntelt, der muß sich Abstriche in der Geltung gefallen lassen. Immerhin — Barth hatte wenigstens die Gnade, nicht allzu oft in die politische Arena zu reiten: er konzentrierte sich zu 95 Prozent auf sein theologisches Hauptwerk. Und die Pfarrer-Generationen, die ihm folgen, verlassen ihn häufig, wo der Pfad ins Politische führt. Die Funkkraft der beiden großen Theologen überstrahlte viele andre mächtige Leistungen, z. B. das bedeutsame Werk des Zürcher Theologen Emil Brunner, das ebenso Geltung beanspruchen darf. Auch andere Wissensgebiete kennen solch mitreißende Geister. Denken wir nur an die gegensätzlichen Staatsrechtslehrer Fleiner und Burckhardt, die ganze Juristen-Generationen des Landes in ihren Bann gezogen haben.

Professor Ragaz ist 1945 gestorben und Professor Barth tritt im Alter von 75 Jahren von seinem Lehramt an der Universität Basel zurück. Die theologische Fakultät der Universität schlägt mehrheitlich den 52jährigen Helmut Gollwitzer, Professor an der freien Universität in Westberlin, als Nachfolger vor. Die Geltung des Deutschen beruht ebenfalls auf einer wertvollen Schriftenreihe. Er ist so wenig Kommunist wie Barth, aber politisch mindestens so einäugig wie er. Er verfiel als politisch sehr ausgeprägte Persönlichkeit einen entschieden antiwestlichen Kurs. Weiter in Frage stehen zwei ausgewiesene Schweizer, die beide in den Fußstapfen der Barth'schen Theologie wandeln, beide aber die politischen Ansichten des Meisters teilen. Die Wahl ist einzig und allein Sache des Basler Regierungsrats, also einer politischen Behörde. Als Zwischenglied hat sich die Basler Synode der Evangelisch-reformierten Kirche eingeschaltet. Sie hatte sich dieser Tage mit zwei Interpellationen zu befassen, von denen die eine von Pfarrer Max Frischknecht (aus Herisau) stammt und folgenden Wortlaut hat: «In der Basler Tagespresse ist eine massive Propaganda für die Berufung des deutschen Theologieprofessors Helmut Gollwitzer an unsere Universität gestartet worden. Der

nossenschaft selber berührendes Politikum werden». Der Präsident des Kirchenrats, Pfarrer R. Vollenweider, erklärte im Namen der Mehrheit des Kirchenrats, daß eine direkte Mitwirkung der kirchlichen Behörden bei einer Professorenwahl nicht bestehe. Die theologische Seite der Berufung sei bei der theologischen Fakultät gut aufgehoben und die politische Seite werde im Regierungsrat von den kompetenten Persönlichkeiten beurteilt werden. Nach Kenntnis der Schriften könne Gollwitzer mit guten Gründen in Frage kommen: In der Diskussion dominierten die Stimmen, die Gollwitzer gegen den Vorwurf, Kommunist und Anti-Demokrat zu sein, in Schutz nahmen. Die Synode beschloß darauf mit 29 gegen 20 Stimmen, eine Resolution zu fassen. Und mit 41 gegen 9 Stimmen sprach sie ihr Bedauern darüber aus, daß die Berufung zum Gegenstand einer Polemik geworden sei, «die dem besondern Auftrag eines in der Bindung an das Evangelium lehrenden Theologen vielfach nicht gerecht wurde. Sie vertraut darauf, daß die theologische Fakultät und die staatlichen Behörden nach bestem Wissen und Gewissen je in ihren Aufgabebereichen die für unsere Kirche außerordentlich wichtige Wahl an die Hand nehmen.»

Diese Wahl ist in der Tat von eigenständiger Bedeutung. Denn es kann niemand gleichgültig sein, wer die neue Pfarrer-Generation für schweizerische Verhältnisse schult. Wohl entscheiden die Basler allein; das würde erst anders kommen, wenn die kantonalen Universitäten Bundessubventionen erreichen sollten. Aber die halbe Schweiz blickt in diesen Wochen besorgt nach Basel, weil die Neubetzung in ihren Folgen sie ebenso trifft. Und da darf man sich auch außerhalb der Basler Grenzpfähle die Frage stellen, ob die Wahl dieses Deutschen der Weisheit letzter Schluß sein kann. Gollwitzer hat noch jüngst das sowjetische Verbot der Einreise von westdeutschen Vertretern der Kirche, darunter Bischof Dibelius, zum Berliner Kirchentag in Ostberlin verteidigt. Was das mit der schweizerischen Auffassung von Freiheit und Demokratie zu tun hat, muß wohl nicht weiter erörtert werden. Wir benötigen nicht einen deutschen Politiker, sondern einen Theologen, der die jungen Studenten zum Evangelium hinführt. Wir müssen mindestens verlangen, daß der neue Mann schweizerischer Neutralität und Solidarität Rechnung trägt. Ob aber der Berliner aus seiner politischen Haut heraus kann? Die Frage ist nach allem, was man weiß, zu verneinen. Und wir sprechen nicht engem Nationalismus das Wort, wenn wir das Einpflanzen dieser fremden Geisteskraft in Schweizer Boden nicht für ratsam halten.

#### Stimme der Theologie-Studenten

Die «Theologische Fachschaft» (in- und ausländische Studenten der Theologie in Basel) hat eine Resolution gefaßt, in der sie feststellt, daß Helmut Gollwitzer nach der Auffassung der kompetenten Fakultät als der würdigste Nachfolger Barths gilt. Sie führt im wesentlichen weiter aus: Die politische Einstellung Gollwitzers gegenüber dem Ostblock gründet sich auf die Erfahrungen von fünf Jahren in russischen Gefangenenlagern. Sein Bericht darüber «Und führen wohin du nicht willst» ist eines der beim DDR-Regime meistverhaßten und verbotenen Bücher. In Westberlin ist Gollwitzer

mit einer einmütigen Forderung nach einem Friedensvertrag für das ganze Deutschland beendete gestern der Deutsche Bundestag in Bonn seine dritte Legislatur-Periode. In der von allen drei Fraktionen gebilligten und von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier verlesenen Erklärung nimmt das westdeutsche Parlament zu dem jüngsten Deutschland- und Berlin-Memorandum der Sowjetunion Stellung. Es sei das Gebot der Stunde, über die Modalitäten eines gesamtdeutschen Friedens-Vertrages eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zu erreichen, heißt es in der Resolution. Nach Ansicht des Bundestages müssen Friedens-Verhandlungen in drei Punkten Klarheit schaffen:

1. Ueber den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands.
2. Ueber die definitive Bereinigung der materiellen und rechtlichen Fragen der Kriegsfolgen, zu denen auch die Frage der Reichsgrenzen gehöre.
3. Ueber die Garantie für das ganze deutsche Volk, von «dem Grundsatz der gleichen Rechte und Selbstbestimmung der Völker» Gebrauch zu machen.

Im Namen des ganzen deutschen Volkes verlangt der Deutsche Bundestag «vor der Welt und der Geschichte» das Recht auf Selbstbestimmung. Der Bundestag lehnt Friedens-Verhandlungen mit der deutschen Sowjetzone aus der «gewissenhaften Verantwortung für die Einheit des deutschen Volkes» und aus Respekt vor der Verpflichtung der drei Westmächte gegenüber der Wiederherstellung der deutschen Einheit ab.

Der neue Stoß der Sowjetunion gegen Berlin sei eine to t e r n s t e P r o b e auf das feierlich gegebene und vertraglich verbrieftete Wort der USA und ihrer Verbündeten. Die Bonner Regierung wird aufgefordert, alles zu tun und zu fördern, was einer klaren und freimütigen Behandlung der Deutschland-Frage dienen könnte.

«Wir haben niemals dem sowjetischen Ministerpräsidenten widersprochen, wenn er von der Notwendigkeit eines baldigen Friedensvertrages mit Deutschland gesprochen hat», las Gerstenmaier vor. Die Sowjetunion strebe aber Verhandlungen nur unter der Gewißheit an, daß die Teilung Deutschlands auf irgendeiner Weise verewigt und die Anerkennung des Sowjetzonenregimes gesichert sei. «Solange die Sowjetunion auf eine solche Vorentscheidung besteht, sind der gute Wille und der beste sachliche Vorschlag zur Aussichtslosigkeit verdammt», erklärt das Parlament.

Die Resolution versichert die Bereitschaft des ganzen deutschen Volkes, die Folgen dieses Krieges zu überwinden und ein neues Verhältnis auch zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten zu erreichen, wie es bereits zu den westlichen Ländern besteht.

### Bundespräsident Wahlen zur EFTA-Ministerkonferenz

- gg - Bundespräsident Wahlen gab der Bundeshauspresse nach der Bundesratssitzung vom Freitag noch einige Aufschlüsse über die Londonerministerkonferenz, wobei er ausdrücklich betonte, daß er materiell nichts mehr beizufügen habe. Daher nur kurz: Die vor der Konferenz vermutete absolut loyale Haltung Englands wurde eindeutig bekräftigt. Eng-

Morgen Sonntag begehrt Alt-Bundesrat Eduard von Steiger in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag. Als Sproß eines stadtbernerischen Patriziergeschlechts diente er zuerst dem Emmental und später der Bundesstadt als Fürsprecher. Im Kanton Bern machte er als Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei politische Karriere, die 1939 mit der Wahl in den Regierungsrat seine Krönung fand. 1940 mußte nach dem Rücktritt von Bundesrat Rudolf Minger der Berner Sitz in der Landesregierung neu besetzt werden. Kronprinz der Partei war damals Markus Feldmann, der aber den Bundeskreisen mit weichem Rückgrat wegen seiner entschiedenen Gegnerschaft zu allen Diktaturen nicht genehm war. Und so hob man den bisher auf helvetischem Felde noch sozusagen unbekanntem Eduard von Steiger, der den eidgenössischen Räten nicht angehörte, ans Licht. Man darf heute bekennen, daß diese Wahl eine recht gute war. Als Justiz- und Polizeiminister hatte er während des zweiten Weltkriegs vor allem die mannigfaltigen Maßnahmen des Staatsschutzes durchzuführen. Er gestaltete ferner das neue Bodenrecht und das Landwirtschaftsgesetz. Er ist in seinem Tun nicht unangefochten geblieben. Allein die persönliche Integrität, das stete Bemühen, seine Maßnahmen dem Volke in Vorträgen und Konferenzen in liebenswürdigster Weise verständlich zu machen, sein großer Einsatz für einen Ausgleich unter den verschiedenen Strömungen im Lande hoben ihn immer wieder über solche Kritik hinaus. Nach seinem Rücktritt aus dem Bundesrat, den er 1945 und 1951 präsiidierte, befaßte sich von Steiger vor allem mit dem Zivilschutz. Er wurde 1954 der erste Präsident dieses Bundes, der ihn erst kürzlich mit der Ernennung zum Ehrenpräsidenten aus dieser Charge entließ. Bundesrat von Steiger verdient an diesem Sonntage ein dankbares Erinnern seitens des Volkes, dem er mit letzter Hingabe sauber und ehrlich seine besten Kräfte hingegeben hat.

land wird sowieso keine Schritte unternehmen, bis der ganze Fragenkomplex in bezug auf die EFTA für das gesamte Empire abgeklärt ist.

Es geht um schwerwiegende landwirtschaftliche Anliegen. Wichtig ist die Verständigung darüber, daß es das Ziel jeder Lösung sein muß, die Einigkeit und den Zusammenhalt in Europa zu fördern und den integrierten Markt auf soliden und dauerhaften Grundlagen zu errichten. Bedeutsam ist sodann die unbedingte Neufestigung der EFTA, daß alle zusammenhalten, keiner zu neuen Extratouren ausholt und man nur auf der Grundlage verhandelt, daß alle sieben oder acht die Assoziierung mit der EWG unter Wahrung ihrer Lebensinteressen vornehmen können. Erst wenn das vollzogen ist, wird die EFTA, die immer als temporäres Verhandlungsinstrument gedacht war, dahinfallen. Eine Teillösung, welche nur eine Partie Europas umfassen würde, wird als untragbar erachtet. Schweden, Oesterreich und die Schweiz müssen selbstverständlich als besondere Anliegen die Neutralität in die Waagschale legen. Am wenigsten befriedigte in London die weitere Zollsenkung unter den EFTA-Partnern, die Beschleunigung kommt erst auf der nächsten Ministertagung zur Sprache. Ein besonderes Hemmnis sind die weit auseinanderklaffenden Gegensätze zwischen Dänemark und England in der Agrarfrage. Die ständigen Beteuerungen des deutschen Prof. Hallstein, es gebe bei der EWG in

T. mit